

Flüchtlingspakt



Flüchtlingspakt



***Willkommen in Schleswig-Holstein
Integration vom ersten Tag an***

»Land und Kommunen handeln gemeinsam«

- Drei zusätzliche Erstaufnahmestellen in Kiel, Flensburg und Lübeck (je 600 Plätze)
- 6 Wochen Aufenthalt (Asylantrag & Anhörung)
- 2 Mio. Euro für Betreuung und Koordinierung der Ehrenamtlichen für die Kreise
- 900 Euro Integrationspauschale pro Flüchtling (dezentral)
- Keine Veränderung bei der Migrationssozialberatung
- „Unterstützung der ehrenamtlichen Sprachförderung“



»Von a bis Z Informiert engagiert!«

- Internetportal mit notwendigen Informationen für Ehrenamtliche wird aufgebaut.
- ehrenamtliche Asylverfahrensberatung
- Ehrenamtliche sollen sich um Krankenversicherung, Praktikumsplatz und DolmetscherInnen kümmern.



»Mittendrin – vor Ort dabei«

- Landesregierung unterstützt Integration in Vereine.
- Vereine sollen auf Mitgliedsbeitrag verzichten.
- Vereine sollen für kostenlose Ausrüstung sorgen.
- Vereine sollen Flüchtlinge als Übungsleiter einsetzen.



»Erste Schritte im fremden Land«

- Drei neue Erstaufnahmen.
- Drei- bis vierstöckige Gebäude mit Wohneinheiten.
- Uni-Nähe
- Übergangslösung: Container für 1800 Flüchtlinge für 18 Monate.



»Integration von Anfang an«

- Sechs Wochen Aufenthalt in Erstaufnahme.
- Asylantrag, Grundkenntnisse der Sprache, Infos über Schleswig-Holstein.
- „Profiling“ und gezielte Verteilung.
- „Sechs-Wochen-Konzept“ gibt es schon seit über einem Jahr.



»Angekommen! Willkommen?«

- Ausländerbehörden sind die „Visitenkarte der Willkommenskultur“
- Die Zuwanderungsabteilung in Kiel soll Modell für das Land werden
- Alles ist freiwillig.



»Die koordinierte Aufnahme von Flüchtlingen in Kommunen«

- In den Kommunen sollen sich Behörden, Arbeitsagentur, Wohlfahrtsverbände regelmäßig zusammensetzen.
- Vorhandene Gremien (FORUM) sollen genutzt werden.



»Von der Unterbringung zum Wohnen«

- Förderprogramme zum Wohnungsbau auch für Wohnungen für Flüchtlinge.
- Wohnungsbauunternehmen sollen Handzettel zu Mülltrennung oder Hausordnung in verschiedenen Sprachen erhalten.
- Wohnungsbauunternehmen sollen Kennenlern-Cafés, Hausfeste etc. organisieren.
- Bei der Beratung sollen „bestehende ehrenamtliche Strukturen ... genutzt, unterstützt und ausgebaut“ werden.



»Bei den Jüngsten beginnen«

- Auch Flüchtlinge haben ein Recht auf einen Kita-Platz
- Sprachförderung soll angeboten werden.
- Personal soll Fortbildungen bezüglich Traumatisierung erhalten.
- Die Arbeit mit Eltern soll gedolmetscht werden, ein Hinweis auf Finanzierung fehlt.



»Sprach-Bildung!«

- Erster Sprachunterricht in der Erstaufnahme.
- DaZ-Netz soll ausgebaut werden.
- Deutsch-Förderunterricht durch Wohlfahrtsverbände, ehrenamtliches Engagement soll „eingebunden werden“.



»Allen jungen Menschen die gleichen Chancen geben«

- Jugendrecht und Aufenthaltsrecht aufeinander abstimmen (keine automatische Abschiebung mit 18 Jahren).
- Entlastung besonders betroffener Kreise (Ostholstein, Flensburg, Neumünster)
- Umverteilung der Jugendlichen in andere Kreise.
- „Alterseinschätzungen“, Volljährigen Jugendhilfe streichen.



»Berufliche Bildung schafft Chancengleichheit«

- Berufsausbildung für Flüchtlinge im Regelsystem.
- Ausländerbehörden sollen Aufenthaltstitel für die Ausbildung geben.
- DaZ-Unterricht auch an Gymnasien.
- Unverbindlich / Bundesrecht: Bafög und BAB soll geöffnet werden.



»*Durch Arbeit Fuß fassen*«

- Qualifizierte sollen schon in der Erstaufnahme erkannt werden.



- Kein Hinweis auf Unterstützung bei der Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen (z.B. Übersetzungskosten).

»Weniger Bürokratie für die Gesundheit«

- Gesundheitskarte soll eingeführt werden.
- Zugang soll „diskriminierungsfreier“ werden.
- Einschränkungen der Behandlung bleiben.
- Kein Fortschritt bezüglich Dolmetschen beim Arzt / Ärztin.



EAE Kiel: Lage & Plan »Bremerkamp«



Abb. 1: Luftbild. Quelle: Internet

